



Solidarität zwischen Alt und Jung sichern

Plenartagung

Das Parlament hat am Donnerstag eine Entschließung verabschiedet, die Initiativen zur Erhöhung der Beschäftigungsrate Älterer und Jüngerer in der EU vorschlägt. Dies soll die Sozialversicherungs- und Rentenfinanzierungssysteme finanziell entlasten.

Der Prozess des demographischen Wandels, bei dem sich die Lebenserwartung kontinuierlich erhöht, die Geburtenraten jedoch niedrig bleiben, kann zu hohen Belastungen nachfolgender Generationen führen, hebt Thomas MANN (CDU, Deutschland) in einer Entschließung über die demografischen Herausforderungen und die Solidarität zwischen den Generationen hervor.

Zugang zu Arbeit sollte den Kern generationenübergreifender Politik bilden. Jüngere und ältere Menschen seien heute in höherem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen.

Europäische Garantie für junge Menschen

Die Parlamentarier fordern Rat und Kommission auf, praktische Maßnahmen zu entwickeln. Eine davon soll eine "Europäische Garantie für junge Menschen" sein. Diese soll gewährleisten, dass Jugendlichen nach einer Arbeitslosigkeit von höchstens vier Monaten ein Arbeitsplatz, eine Lehrstelle, eine Zusatzausbildung oder eine Kombination aus Arbeit und Ausbildung angeboten wird.

Initiative "Beschäftigungspakt 50plus"

Der angenommene Text schlägt Kommission und Mitgliedstaaten auch eine Initiative "Beschäftigungspakt 50plus" vor. Diese soll gewährleisten, dass der Anteil der über 50jährigen Arbeitnehmer auf 55 % erhöht werde. Des Weiteren sollen Anreize für Frühverrentung abgebaut und altersbedingte Diskriminierung bekämpft werden. Ferner sollen Anreize für Arbeitnehmer über 60 geschaffen werden, damit sie ihr Wissen und ihre Erfahrung weitergeben können.

Neue Antidiskriminierungsvorschriften

Eine Mehrheit der Parlamentarier befürwortet die Idee neuer Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Diskriminierung hinsichtlich des Zugangs zu Gütern und Dienstleistungen, "da viele ältere Menschen Diskriminierung erleben, wenn sie eine Versicherung abschließen, eine Urlaubsreise buchen oder ein Auto mieten wollen." Der Berichterstatter Thomas Mann unterstützte diesen Punkt jedoch nicht. Er ist der Überzeugung, dass neue Vorschriften gegen Altersdiskriminierung nicht notwendig seien. Er legte stattdessen eine Alternativentschließung vor.

Aktives Altern

Die EU-Parlamentarier fordern auch die Kommission auf, einen Vorschlag auszuarbeiten, damit 2012 zum „Europäischen Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen“ wird. Somit soll der Beitrag älterer Menschen zur Gesellschaft deutlich gemacht werden.

Die Entschließung wurde mit 440 Ja-Stimmen gegen 122 Nein-Stimmen bei 43 Enthaltungen angenommen.

Pressemitteilung

Kontakt :**Nora CHAAL**

EMPL

BXL: (+32) 2 28 31151

STR: (+33) 3 881 74005

PORT: (+32) 498 98 34 02

EMAIL: empl-press@europarl.europa.eu**Ayla Sultan ÇIÇEK**

DE

BXL: (+32) 2 28 41009

STR: (+33) 3 881 74005

PORT: (+32) 498 98 13 37

EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu**Michael KACZMAREK**

Berlin

STR: (+33) 3 881 64025

EMAIL: michael.kaczmarek@europarl.europa.eu

ADDINFO: (+49) 30 22 80 12 00

Georg PFEIFER

Vienna

STR: (+33) 3 881 74848

PORT: (+43) 699 104 68 901

EMAIL: georg.pfeifer@europarl.europa.eu

ADDINFO: (+43) 1 51 61 72 06